

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

29.8.1930 (No. 200)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
i. S.:
G. A. Schriebl
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder stel. Bel. Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Bereinigung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Betreibung und Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Verletzung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Zentralanmeldeamt für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Beschäftigung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Der Bau der drei Rheinbrücken

Das Staatsministerium ist der vom Reichsverkehrsminister vorgeschlagenen Vereinbarung zwischen dem Reich, dem Lande Baden und der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft über die Rheinbrückenbauten bei Mannheim-Ludwigshafen, Magau-Maximiliansau und Speyer beigetreten. Danach sind badischerseits die formalen Voraussetzungen für das große Werk der Erstellung der drei Rheinbrücken geschaffen.

Die Finanzreform der Reichsregierung Eine programmatische Mitteilung

Die mehrtägigen Beratungen des Reichskabinetts über seine finanziellen Reformpläne wurden am Donnerstag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zu Ende geführt. Es wurde Übereinstimmung über diejenigen Grundsätze erzielt, nach denen nunmehr die erforderlichen Gesetzesvorlagen durch die zuständigen Ressorts während der nächsten Wochen zwecks Vorlage an den Reichstag ausgearbeitet werden sollen. Voraussetzung für das Gelingen aller Reformpläne ist eine geordnete Kassenlage und ein die Wirtschaftslage berücksichtigender Haushaltsplan. Das Kabinett hat für die Aufstellung dieses Programms als wesentliche Gesichtspunkte die folgenden festgelegt:

1. Im Haushaltsplan 1931 wird über die bereits im Haushaltsplan 1930 vorgesehene Senkung der Ausgaben von 169 Millionen Mark hinaus auf Grund der vom Reichsfinanzminister gemachten Vorschläge ein weiterer namhafter Betrag eingespart werden.
2. Es wird ein mehrjähriges Programm für den Wohnungsbau und die ländliche Siedlung mit dem Ziel der Beseitigung des Wohnungsnot der unbemittelten Massen und unter Berücksichtigung ihrer Leistungsfähigkeit aufgestellt. Die Finanzierung der größeren Wohnungsbauarbeiten wird durch andere Wege durchgeführt.
3. Das Reichshaushalt soll gegen die bisherige unbegrenzte und unvorhersehbare Beanspruchung durch die verschiedenen Formen der Arbeitslosenhilfe gesichert werden, indem ohne daß dadurch die notwendigen Leistungen gefährdet werden.
4. Der Finanzausgleich wird durch eine anderweitige Verteilung der öffentlichen Einnahmen unter Reich, Länder und Gemeinden entsprechend den ihnen obliegenden Aufgaben umgestaltet werden; dabei soll vor allem auf Klarstellung der selbständigen Verantwortung für die Ausgabenbearbeitung hingewirkt werden. Dieser endgültige Finanzausgleich kann in Kraft treten, sobald der Reichstag das Steuervereinfachungsgesetz, zu dessen Vorbereitung in der Notverordnung entsprechende Maßnahmen vorgehen und eingeleitet sind, verabschiedet hat. In diesem Zusammenhang ist auch eine Vereinfachung des Steuersystems in Aussicht genommen, und zwar zunächst bei der Landwirtschaft, sodann durch Freistellung der Vermögen bis zu 20 000 Mark von der Vermögenssteuer. Die Auswüchse auf dem Gebiete der kommunalen Beamtenbesoldung sollen beseitigt werden; hierbei wird bei denjenigen Gemeinden einzuflehen sein, deren Realsteuern besonders überhöht sind.
5. Eine Bewirtschaftung der Kreditbedürfnisse der öffentlichen Körperschaften unter einheitlichen Gesichtspunkten wird die notwendige Senkung des zu hohen Zinsfußes unterstützen. Die Gesamtheit dieser Maßnahmen wird eine Senkung der zu hohen steuerlichen Belastung des deutschen Volkes ermöglichen. Ein solches Senkungsprogramm kann nur fortgeschritten durchgeführt werden. Begonnen werden soll aber bereits im Jahre 1931 mit der Senkung der die Produktion am meisten hemmenden Realsteuern. Dadurch soll der Wirtschaft Antrieb und neue Arbeit gegeben werden.

Die Durchführung der neuen Gemeindesteuern

Der Reichstag stimmte am Donnerstag der Durchführungsbestimmungen für Gemeindegütersteuer, Gemeindegründungssteuer und Bürgersteuer zu.

Die neue Verordnung stellte u. a. klar, daß die Erhebung der Gemeindegründungssteuer nur zulässig ist, wenn die Gemeindegütersteuer bereits erhoben wird. Die Bürgersteuer wird abhängig gemacht vom Wohnsitz. Wer in mehreren Gemeinden einen Wohnsitz hat, ist in jeder dieser Gemeinden steuerpflichtig. Klostermodigen werden von der Steuer befreit. Der Landesrat der Bürgersteuer kann nur für alle Gemeinden einheitlich festgesetzt werden. Die Bürgersteuer wird je zur Hälfte am 10. Januar und 10. März fällig. Sie wird zugleich mit der Lohnsteuer einbehalten oder zugleich mit der Einkommensteuer veranlagt.

Ferner stimmte der Reichstag einer Ausführungsverordnung zum Weingesetz zu, die im wesentlichen die bisherigen Ausführungsverordnungen zum alten Weingesetz entspricht. Den 250 Millionen Reichsbahnfiskalanweisungen zur Finanzierung des Arbeitsbeschaffungsprogramms billigte der Reichstag die Münzdecksicherheit zu.

Die neuen Bistümer in Preußen. Den Erzbischöfen und Bischöfen Preußens ist durch die vom 13. Aug. d. J. erfolgte päpstliche Circumscriptionsbulle über die Errichtung der neuen Bistümer Berlin und Aachen und über die Erhebung des Fürstbistums Breslau und des Bistums Paderborn zu Erzbistümern Mitteilung gemacht worden.

Letzte Nachrichten

Einigung mit Finnland

Unterzeichnung eines neuen deutsch-finnischen Handelsvertrages

W.B. Helsinki, 29. Aug. (Tel.) In den hier geführten deutsch-finnischen Handelsvertragsverhandlungen ist eine Einigung mit der finnischen Regierung zustande gekommen. Das neue Handelsabkommen wurde heute nach Unterzeichnet. Das politische Wichtige und für die deutsche Landwirtschaft Wesentliche ist, daß die Zollbindungen für Butter und Käse und Oleo-Margarine beseitigt werden konnten, ohne daß es darüber zu einem Bruch mit Finnland gekommen ist.

Es ist jetzt festgestellt, daß spätestens am 29. November 1930 die Butterzollbindung wegfällt, d. h., daß der autonome Butterzoll von 50 M in Kraft tritt. Falls die neuen Vereinbarungen schon früher ratifiziert werden, tritt der 50-M-Zoll schon früher in Kraft. Ebenso wie bei Butter erhält Deutschland auch bezüglich des Zolles für Oleo-Margarine freie Hand, da auch dieser Zoll nur gegenüber Finnland gebunden war. Bei Käse dagegen liegen bekanntlich noch Zollbindungen in Verträgen mit anderen Ländern vor, so daß sich am Käsezoll durch den Wegfall der Bindung gegenüber Finnland unmittelbar nichts ändert. Die neue Vereinbarung bedarf der Ratifizierung. Um das Inkrafttreten des Butterzolles von 50 M unter allen Umständen sicherzustellen, hat die deutsche Regierung im Rahmen der mit Finnland getroffenen Vereinbarungen die bedingte Kündigung des Handelsabkommens von 1926 ausgesprochen. Die Kündigungsfrist läuft bis zum 29. November 1930. Die Kündigung wird unmissam, wenn das neue Abkommen vorher ratifiziert wird. Das neue Abkommen ist nach zwei Jahren und sechs Monaten mit sechsmonatiger Kündigungsfrist kündbar.

Die wesentliche Gegenleistung für den Verzicht Finnlands auf die genannten Zollbindungen besteht in der Gewährung eines Butterkontingents von 5000 Tonnen zu dem gegenwärtigen autonomen Zollfuß von 50 M. Dieser Zollfuß würde sich für das Kontingent später auf 40 M ermäßigen, wenn das neue Abkommen nach zwei Jahren sechs Monaten nicht gekündigt wird. Für Käse ist ein Gesamtkontingent von 2500 Tonnen gewährt worden, und zwar für 500 Tonnen Quark, für 90 Tonnen Tafelkäse und für 1910 Tonnen Hartkäse zu den in dem früheren Vertrag vereinbarten Zollfüßen von 50, 30 und 20 M. Solange die erwähnte Bindung des Käsezolles gegenüber anderen Ländern besteht, wird das Käsekontingent praktisch nicht in Erscheinung treten. Daneben sind drei Zollermäßigungen gewährt worden, die sich auf Waren von begrenztem Interesse beziehen, nämlich für Meentierfleisch, für rohe Spulen (Ermäßigung von 6 auf 5) und von Sperrholz aus Birkenholz (Ermäßigung von 8 auf 7,50 M).

Mit dieser neuen Vereinbarung fällt das Zusatzabkommen vom 25. Nov. 1929 weg. Selbstverständlich ist damit auch der frühere Plan von Privatverträgen über die Lieferung von Butter und Käse aufgehoben.

Reichskanzler Brüning in München

Antrittsbesuch bei der bayerischen Regierung

W.B. München, 29. Aug. (Tel.) Reichskanzler Dr. Brüning traf heute vormittag um 9.44 Uhr in Begleitung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei Dr. Bänder und des Regierungsrats Maus in München ein. Zu seinem Empfang hatten sich im Auftrag der bayerischen Staatsregierung Polizeipräsident Koch, für die Vertretung der Reichsregierung Regierungsrat Krebs und für die Landesparteilung der Bayerischen Volkspartei der Vorsitzende, Landtagsabg. Oberregierungsrat Schäfer, und Generalsekretär Dr. Pfeiffer eingefunden.

Im Laufe des Vormittags stattete der Reichskanzler in Begleitung von Staatssekretär Bänder u. a. dem päpstlichen Nuntius Basilio di Torregrossa und Kardinalerzbischof Dr. v. Faulhaber Besuche ab. Der Reichskanzler begab sich darauf mit den Herren seiner Begleitung zum bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, um bei seiner ersten amtlichen Anwesenheit in München der bayerischen Staatsregierung einen offiziellen Besuch abzustatten. Im Anschluß an den Besuch der Gelegenheit zu einer längeren politischen Aussprache gab, folgte der Reichskanzler mit seiner Begleitung einer Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten zu einem Frühstück im Palais Preßing. Unter den Gästen befanden sich u. a. Landtagspräsident Prof. Stang, Staatsrat Dr. Meyer vom Staatsministerium des Innern, ferner Landeskommandant und Wehrkreiskommandeur Generalleutnant v. Leeb.

Zwischenfall in Straßburg

W.B. Paris, 29. Aug. (Tel.) „Echo de Paris“ berichtet aus Straßburg, daß vorgestern abend in einem Bierlokal sechs deutsche Arbeiter der Schuhbranche wegen Abzinsens patriotischer Lieder den Protest der übrigen Gäste erregt hätten und festgenommen worden seien. Sie würden wahrscheinlich ausgewiesen werden. Nach einer anderen Version handelt es sich um fünf deutsche Arbeiter, die nach polizeilichem Verbot wieder freigelassen worden seien, aber ihren Ausweisungsbefehl zu gewärtigen hätten.

Attentat auf höhere Polizeibeamte in Indien

W.B. Kalkutta, 29. Aug. (Tel.) Der Generalinspektor der Polizei von Bengalen und ein Polizeikommandeur wurden gestern auf der Straße durch Revolverkugeln schwer verletzt.

Wirtschaftliche Umschau

Die Kapitalflucht — Das Weizen-Roggen-Problem Die zusätzlichen Aufträge der Reichsbahn

Die Kapitalflucht, d. h. die Anlegung deutscher Gelder im Ausland, ist schon wegen des Kapitalmangels in Deutschland ein allgrößtes Aufmerksamkeitsverlangendes Problem. Dabei gelangen diese Gelder meist zu langfristiger Anlage nach dem Ausland, das sie erheblich niedriger verzinst, als wenn sie der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt würden, und das nebenbei auch einen Teil davon mit gutem Verdienst kurzfristig und auch langfristig wieder nach Deutschland gibt. Der deutsche Kapitalbesitzer verzichtet also auf eine höhere Rente zugunsten des Auslandes, das es obendrein versteht, mit einem Teil der gleichen Gelder gut an Deutschland zu verdienen. Die Ursachen der Kapitalflucht sind zweierlei Art: Bei manchen Großkapitalisten spricht sich auch Steuerflucht mit, im übrigen aber ist es wie in Frankreich, wo vor der Finanzreform Poincarés schlechte Finanzpolitik und Furcht vor Inflation das Geld aus dem Lande trieben, aber nach Ordnung der Finanzen gewaltige Kapitalien schnell wieder zurückkehrten, so daß Frankreich längst wieder eines der kapitalreichsten Länder geworden ist.

Damit liegt die Wurzel des Übels bloß. Der Staat, d. h. das Reich muß eine Finanzpolitik treiben, welche das Vertrauen der großen und kleinen Kapitalbesitzer wiederherstellt. Es ist dabei ferner eine Steuerpolitik einzuleiten, die schon aus Gründen der Konkurrenz mit dem Ausland von den allzu starken Belastungen der höheren Einkommen und der Kapitalisten abläßt und dadurch auch zu besserer Steuermoral beiträgt. Mit Zwangsmaßnahmen ist nichts zu machen. Das Kapital ist viel freizügiger als der Mensch, und dichterhaltende Dämme gibt es schon wegen der wirtschaftlichen Verflechtung der Staaten untereinander nicht. Will man ein Abfließen des Kapitalstroms verhindern, so kann man nur eines tun, geeignete Kanäle bauen, die ihn der eigenen Volkswirtschaft zuleiten, und hierzu das notwendige natürliche Gefälle herstellen.

Die Schätzungen, in welchem Maß deutsche Kapitalien in den letzten Jahren nach dem Ausland geflossen sind, gehen auseinander; sie schwanken zwischen 3 und 8 Milliarden. Das Richtige liegt vielleicht in der Mitte. In der Vorkriegszeit betrug der deutsche Besitz an ausländischen Wertpapieren und sonstigen Anlagen im Ausland 28 Milliarden. Freilich konnten wir damals solche Summen entbehren, weil sie aus einem wohlhabend gewordenen Land hinausgegangen waren und durch ihre Erträge weiter zur Mehrung des Nationalvermögens beitrugen. Damals hatten ja auch nur Agrarstaaten, wie Rußland, Serbien usw., aktive Handelsbilanzen, während die großen Industrieländer, darunter auch Deutschland, trotz höherer Einfuhr immer reicher wurden, da die gewaltigen Erträge der Auslandsanlagen zusammen mit der übrigen, unsichtbaren Einfuhr, Verdiensten der Schiffahrtsgesellschaften usw. das bei weitem ausglich. Heute aber, wo außerdem dauernd Milliardenwerte für Reparationszwecke ins Ausland ohne Gegenleistung abfließen, brauchen wir das einheimische Kapital mit seinen Erträgen als wichtiges und dauernd knappes Produktionsmittel zunächst dringend im Lande selbst; es ist eine Lebensfrage für unsere Volkswirtschaft und den in ihr arbeitenden deutschen Menschen, daß unnütze Blutenziehung aufhört. Man rufe nicht nach „Aufklärung“, der kleinen Leute, die ihr Geld durch Ankauf ausländischer Wertpapiere nach dem Ausland schaffen. Sie werden auf die Propaganda bei der Kriegsanleihe verweisen und auf das, was hernach kam. Man muß bei dem großen und kleinen Kapitalisten nichts anderes schaffen als Vertrauen in die öffentliche Wirtschaft, dann wird er schon aus eigenem Interesse, da das Ausland seine Gelder niedrig verzinst, sie im Lande behalten. Dieses Ziel hat auch bereits der Reichsfinanzminister verkündet und in seiner letzten Karlsruher Rede der Reichsarbeitsminister Stegerwald erläutert.

Die Kapitalflucht, die besonders nach den kleineren, „neutralen“ Ländern, wie der Schweiz, geht, macht übrigens diesen Staaten auch Sorgen. Abgesehen von den währungsrechtlichen Schwierigkeiten — der Notenumlauf ist in der Schweiz durch Gold und Devisen mit über 100 Proz. weit überdeckt — sind auch schon sehr erhebliche direkte Verluste entstanden. Bei plötzlichen Änderungen

der Situation, wie das bereits einmal in Frankreich der Fall war, wurden große Verkäufe in schweizerischen Wertpapieren getätigt, und die Schweiz mußte Hunderte von Millionen zur Stützung und Auffassung der dadurch in ihren Kurzen stark geloderten Effekten aufwenden, ohne die Kursverluste völlig verhindern zu können. Es sind also auch recht unliebbare Überraschungen für die Kapitalflüchtlinge möglich.

Ein Gutachten, das auf Veranlassung der Vereinigung deutscher Bauernvereine erstattet und durch das Reichsernährungsministerium der Öffentlichkeit übergeben wurde, bejaht durchaus die Möglichkeit einer wesentlich stärkeren Mehrerzeugung von Weizen und Gerste in Deutschland unter gleichzeitiger Einschränkung des Roggen- und Haferanbaues. Dadurch können 1 Million Tonnen Weizen mehr gewonnen und 80 Proz. des Inlandsbedarfs (statt bisher 60 Proz.) gedeckt werden, bei Gerste 1 1/2 Mill. Tonnen mehr gewonnen, dadurch die Futtermittelleinfuhr stark eingeschränkt werden. In Roggen herrscht in Deutschland eine Überproduktion, weil der Verbrauch daran um rund 30 Proz. gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen ist, die Preise sind gedrückt und der Absatz nach dem wenig ausnahmsfähigen Ausland so erschwert, daß es Roggen in der Hauptsache als auf Kosten des deutschen Volkes verbilligtes Futtermittel erhält. Dafür müssen wir im Jahr für rund 1/2 Milliarde Weizen einführen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Roggen-Weizen-Problems liegt somit auf der Hand. Während durch die Zollmaßnahmen und den Bemahlungszwang für inländischen Weizen der Weizen einen ausreichenden, den Auslandspreis sogar übersteigenden Preis für die deutsche Landwirtschaft erreicht hatte, blieben alle Maßnahmen für Roggen, Erhöhungen der Zölle, kostspielige Stützungskäufe (die nun aus politischen Gründen weiter fortgesetzt werden) und Verbilligung als Futtermittel, unzureichende, künstliche, die Gesamtwirtschaft zugunsten hauptsächlich des östlichen Großgrundbesitzes belastende Hilfsmittel, weil sich eben die Tatsache der Übererzeugung nicht aus der Welt schaffen ließ.

Auch die Propaganda, Roggenbrot vor Weizenbrot zu bevorzugen, mit den zweifellos richtigen Argumenten, daß Roggenbrot eine gesündere Nahrung sei als Weizenbrot, und daß außerdem jeder Deutsche auch in seinen Konsumgewohnheiten im Interesse der eigenen Volkswirtschaft handeln müsse, hat offensichtlich zwar Erfolg gehabt, aber nicht zu einer ausreichenden Stützung des Roggenmarktes geführt. Die Selbsthilfe der Landwirtschaft durch Umstellung, d. h. der Anbau dessen, was der Markt verlangt, ist eine Forderung, der bisher häufig mit dem Argument begegnet wurde, daß die Mehrzahl der deutschen Böden sich eben besser für Roggenanbau eigne. In Wirklichkeit hat bereits in diesem Erntejahr eine solche Umstellung in gewissem Umfang, unter dem Zwang, das erzeugte Getreide absetzen zu müssen, stattgefunden. Das zeigen die heute an anderer Stelle unseres Blattes mitgeteilten Anbauziffern für 1930. Daß hier noch beträchtlich weiter gegangen werden kann, sagt das oben erwähnte Gutachten, das im Zusammenwirken mit sehr erfahrenen praktischen Landwirten entstanden ist. Der Deutsche Landwirtschaftsrat teilt übrigens mit, daß im Durchschnitt für die nächste Bestellung eine weitere Verringerung der Roggenanbaufläche um vielleicht 10 Proz., eine Steigerung der Weizenanbaufläche um vielleicht 15 Proz. in Aussicht genommen sei. In diesem Zusammenhang sind einige neuerdings noch veröffentlichte Zahlen lehrreich. Deutschland braucht jährlich rund 42 Mill. Doppelzentner Roggen und 52 Mill. Doppelzentner Weizen, während die durchschnittliche Erzeugung 75 Mill. Doppelzentner Roggen und 80 Mill. Doppelzentner Weizen bisher betrug. Der Einfuhrüberschuß an Weizen beträgt 15,4 Mill. Doppelzentner und hat einen Wert von rund 500 Mill. Reichsmark, wobei die Ausgaben für Mehl und Mehlprodukte noch nicht eingerechnet sind.

Von den 350 Mill. Reichsmark, welche die Reichsbahn im Rahmen des zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms ausgeworfen hat — die Mittel hierzu sind bekanntlich durch Begebung von sechsprozentigen Reichsbahnobligationen aufgebracht — sind 80 Mill. für Beschaffung von Fahrzeugen und maschinellen Anlagen, also im wesentlichen für die Waggon- und Lokomotivbauindustrie bestimmt. Bei den Waggonfabriken sollen noch im Laufe des September die Bestellungen erfolgen, und sie hoffen außer den üblichen, durch die bisherige Drosselung der jährlichen Aufwendungen ja schon sehr eingeschränkten Aufträgen nennenswerte Aufträge zuzuführen.

Die Überreichung des „Goethe-Preises“ für 1930. Das Auditorium für den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt a. M. hat den „Goethe-Preis für 1930“ dem bekannten Nervenarzt und Psychoanalytiker Prof. Dr. Sigmund Freud in Wien verliehen. In einer schlichten Feier im Frankfurter Goethe-Haus fand am Donnerstag, am Geburtstag Goethes, die Bekanntgabe des Preisträgers und die Überreichung der Verleihungsurkunde statt. Der diesjährige Preisträger, Prof. Dr. Freud, war infolge Krankheit am Erscheinen verhindert. An seiner Stelle war seine Tochter Anna bei der Feier anwesend. Prof. Freud hat in einem herzlich gehaltenen Schreiben an Oberbürgermeister Dr. Landmann bedauert, infolge seines schlechten Gesundheitszustandes nicht nach Frankfurt kommen zu können.

Wie alt werden Ärzte? Nach neuen Statistiken hat der Berufsverband der Ärzte eine höhere Sterblichkeit aufzuweisen als alle anderen Berufsgruppen. Die mittlere Sterblichkeit, sog. bürgerlicher Beruf mit 1000 angelegt, ist die der Ärzte 1021. Nach einem Wiener Forscher bleibt jedoch für Ärzte und Theologen die Sterblichkeit bis zum 60. Lebensjahr hinter der allgemeinen Sterblichkeit zurück.

licher Art zu erhalten. Die Industrie rechnet mit einem Betrag von 50—55 Millionen, da ein gewisser Prozentsatz für die beigestellten Teile, wie Radkäse, abgeht. Es handelt sich um je 150 Großraumgüterwagen, 100 modernen D-Zug-Wagen, sowie 750 vierachsige Personen-, 110 Gepäc- u. 100 Bahndienstwagen. Die Lieferung soll im ersten Halbjahr 1931 erfolgen. Die Aufträge wurden im Rahmen der bisherigen Quoten der seit drei Jahren bestehenden deutschen Waggonbauvereinigung an die einzelnen Unternehmer verteilt, so daß davon auf Fuchs, Heidelberg, 3,39 Proz., auf Kattstatt 1,1 Proz., entfallen.

Die zusätzlichen Lokomotivaufträge werden 51 Lokomotiven umfassen. Baden ist daran direkt nicht beteiligt, da die einzige Lokomotivbauanstalt in Karlsruhe den Bau von Lokomotiven eingestellt hat und die badische Quote im Vorjahr schließlich an Krupp gekommen ist. Benachteiligt durch die bisherige Verteilung der Lokomotivaufträge der Reichsbahn erklären sich Württemberg und Bayern. Beide klagen beim Staatsgerichtshof, nachdem Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsministerium ergebnislos geblieben sind. Sie verlangen, daß auch nach Übergang der beiden staatlichen Eisenbahnwerke der Lokomotivbedarf dieser Netze, wie es vorher war, in diesen Ländern gedeckt werde. Sie erklären, daß die Quoten unzureichend seien, und Bayern verlangt Erhöhung seiner Quote von 4,91 auf 10,48 Proz. Württemberg fordert Erhöhung auf 4,8 Proz. Dabei wird auf den Eisenbahnvertrag verwiesen, dessen Sinn es war, daß beim Übergang der Staatsbahnen auf das Reich die Industrien der Länder nicht nur nicht geschädigt, sondern in ihrer Entwicklung gefördert werden sollten. Auch Baden kann sinngemäß für seine Industrie eine derartige Berücksichtigung fordern, zumal es durch seinen nunmehrigen Grenzlandcharakter besonders starke Einbußen erlitten hat. Kommt auch Lokomotivbau hier nicht in Betracht, so müßte sich doch bei anderen Reichsbahnaufträgen ein Ausgleich schaffen lassen.

Für das Auslandsdeutschtum Begrüßungsabend des Stuttgarter Auslandsinstituts

Stuttgart, 29. Aug. (Tel.). Anlässlich der hier stattfindenden Jahresversammlung des „Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa“, fand gestern im Stuttgarter Auslandsinstitut ein Begrüßungsabend für die Teilnehmer an der Tagung statt. Unter den Erscheinenden sah man u. a. den Vertreter des Deutschums in Polnisch-Oberschlesien, Olsk, ferner Brandisch, Hermannstadt, Kfarer Schmidt, Rabder (Lobdorn), Prof. Dr. Meyer, Budapest, die Abg. Gräbe und Naumann für Polen, drei Vertreter von Eupen-Malmédy und mehrere Vertreter der Kolonialgesellschaften.

Der Vorsitzende des Vorstandes des Deutschen Auslandsinstituts, Generalkonsul Dr. Wanner, führte u. a. aus: Wir wissen uns eins mit Ihnen in dem Grundziel, nämlich Erhaltung und Förderung deutscher Kultur und deutschen Lebenswillens überall dort, wo deutsche Menschen sich zu ihrem deutschen Volk aufrichtig bekennen. Ebenso wissen wir uns auch einig mit Ihnen in der Grundüberzeugung, daß diese Arbeit niemals einen die Völker verbindenden und trennenden, sondern im Gegenteil einen sie verbindenden Charakter hat. Unsere Arbeit, wie die Ihre, trägt den Grundcharakter des Willens zum friedlichen Aufbau. Wir sind weder „Ardenisten“ noch „schwächliche Pazifisten“, weder „Scharfmacher“ noch „Leisteteer“, wenn wir für die Angehörigen unseres Volkstumes in aller Welt, die als treue Staatsbürger ihrem Staate geben, was den Staates ist, auch das Recht erhalten, daß sie ihrem Volk geben dürfen, was ihres Volkes ist.

Als Vertreter der Auslandsdeutschen sprachen u. a. Abg. Brandisch, Hermannstadt, Dr. Wachsman, Lettland und Professor Meyer, Budapest, die insbesondere ihren Dank für die fördernde Arbeit des Auslandsinstituts zum Ausdruck brachten.

Zwangsetat für Wiesbaden

Wiesbaden, 29. Aug. (Priv.-Tel.). Die Stadt Wiesbaden, die unter Zwangsetat gestellt ist, bekommt auf Beschluß des Bezirksausschusses der kommunalen Aufsichtsbehörde laut Meldung der „B. Z.“ eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer auf 420 Proz. auferlegt. Die Gewerbesteuer wird auf 600 Proz. festgesetzt, und es ist angeordnet, daß Einsparungen in Höhe von 1 Million Reichsmark vorzunehmen sind.

Sparmaßnahmen bei der Behandlung Kriegsbeschädigter. Wie aus Berlin gemeldet wird, sind auch in der Behandlung Kriegsbeschädigter, besonders in ihrer Ausstattung mit künstlichen Gliedmaßen Sparmaßnahmen eingeführt worden, indem die Anfertigung der orthopädischen Gliedmaßen im Verbindungswege vergeben wird. Dadurch soll erreicht werden, die künstlichen Gliedmaßen billiger herzustellen. Ihre Güte soll aber darunter unter keinen Umständen leiden. Es handelt sich also nicht um Sparmaßnahmen an den Kriegsbeschädigten, sondern für sie.

Anrufung des Staatsgerichtshofes gegen die Notverordnung. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen hat, da die breite Masse der Kriegsoffer durch die Notverordnung des Reichspräsidenten erheblich betroffen wurde, den Staatsgerichtshof angerufen. Diese Anrufung erfolgt, weil der Bundesvorstand die Rechtsansicht vertritt, daß Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung im Gegensatz zum Artikel 55 der preussischen Verfassung Notverordnungen finanzieller und wirtschaftlicher Art nicht fernen und nicht zulasse. Der Reichsbund hat deshalb beantragt, der Staatsgerichtshof möge die Notverordnung für verfassungswidrig und rechtensungültig erklären.

Nationalsozialistische Lehrer ihres Amtes enthoben. Der Regierungspräsident von Erfurt hat den Mittelschulinspektor Klages und den Mittelschullehrer Meyer in Venedig bei Nordhausen vorläufig ihres Amtes enthoben. Gegen beide ist das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der endgültigen Amtsenthebung eingeleitet worden, da sie trotz vorheriger Verwarnung entgegen der bekannten preussischen Ministerialverordnung in letzter Zeit in nationalsozialistischen Versammlungen öffentliche Reden gehalten haben. Ferner ist der Studienrat am Schiller-Realgymnasium in Charlottenburg, Dr. Hans Weishaufen, der der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angehört, durch Verfügung des Provinzialschulkollegiums vom Amte suspendiert worden.

Zur Wahlbewegung

Eine Rede des Reichsaußenministers

Im überfüllten Paulusaal in Freiburg i. Br. sprach Donnerstag abend Reichsaußenminister Dr. Curtius.

Zur Außenpolitik führt er u. a. aus: Hinter der Außenpolitik Stresemanns stand die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes. Die Reichsregierung führt diese Linie fort und paßt seine Grundzüge der Entwicklung an. Sie hat bei den Haushaltsdebatten im Frühommer die Zustimmung von zwei Dritteln des Reichstags gefunden. Ich habe die Grundgedanken dieser Außenpolitik in meiner Rede und in der Antwort auf die Denkschriftenanfrage der französischen Regierung zum Paneuropaplan dargelegt. Ich bin mit dem Reichstagsrat völlig eins, der diese Grundgedanken in seiner ersten Wahlrede in Köln noch einmal entwickelt hat. Ich habe keine Veranlassung, vor der Völkervereinigung im September meinerseits zu einzelnen Fragen zu nehmen. Unsere Gesamthaltung kann nur die sein, unsere nationalen Interessen mit leidenschaftlicher Liebe, aber klarer Besonnenheit überall zur Geltung zu bringen und zugleich dem Frieden und der Völkervereinigung zu dienen. Das höchste, das einem Volke zuteil werden kann, ist, daß die Verfolgung der eigenen Ziele zugleich das Wohl der Völkergemeinschaft fördert.

Ich beschränke mich auf meine kurzen Ausführungen und wünsche nur, daß allerseits außenpolitische Disziplin gehalten würde. Wahlgelt ist Qualität für die Außenpolitik. Wahlbedürfnisse, um nicht zu sagen Wahlansichten, der Parteien und Parteirechner verwirren die außenpolitische Linie, verzerrt das Bild Deutschlands vor dem Auslande. Wenn der Spuk verfliegen ist, wird es hoffentlich gelingen, das Gleichgewicht wieder herzustellen.

Prälat Leicht zur Reichstagswahl

Der Führer der Reichstagsfraktion der Bayer. Volkspartei, Prälat Leicht, sprach am Mittwoch in zwei Versammlungen in Nürnberg. Er beschäftigte sich zunächst mit der Regierung Müller, die, obwohl ziffermäßig sehr stark, auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet doch nicht ein geschlossenes Ganzes bildete und deshalb, als die Wirtschaftskrise am schwersten wurde, scheitern mußte. Die Regierung Brüning dagegen habe sich im großen und ganzen durchgesetzt. In der kommenden Wahl werde das Volk zu entscheiden haben, ob es wünsche, daß in friedlicher Entwicklung die fränkische Wirtschaft gesunde, oder durch Revolution oder Diktatur das Chaos vergrößert werden solle. Wir müßten alle bereit sein, Opfer zu bringen, auch künftighin. Keine Regierung werde darüber hinwegkommen, dem Volke Lasten aufzuerlegen. Die Notgesetze mußten kommen, um jetzt schon Maßnahmen zu treffen gegen die sich voranschreitende im Winter noch mehr steigende Arbeitslosigkeit. Die kommenden Wahlen werden auch über das Verhältnis zwischen Reich und Ländern entscheiden. Die Bayer. Volkspartei ist für die Staatspersönlichkeit der Länder und für ein föderatives Reich. So lange er, der Redner, dem Reichstag angehöre, halte er es für seine Pflicht, für die Rechte und die Selbstständigkeit Bayerns zu kämpfen. Die Reichsreform könne nicht ausgehen werden. Wir Bayern wollen uns unsere Kultur von Berlin beschreiben lassen.

„Parteien“

Im ganzen wird es bei den Reichstagswahlen im September weniger Parteien geben als bisher. Es wird aber doch — so schreibt die „Zfz.“ — dafür gesorgt, daß es nicht gar zu wenige würden. Gustav Nagel, der „wanderingprediger“ und tempelwächter von gottes gnaden, hat eine „deutsch-kristliche mittelstands-volkspartei“ aufgetan. In Dresden hingegen ist eine „Reichspartei der volkshulgebildeten Staatsbürger“ gegründet worden. Auch sie will eine eigene Liste für die Reichstagswahlen aufstellen. Im übrigen will sie sich nur „deutlich“ damit befassen, sich gegen das Berechtigungsweesen zu wenden. Man sieht, es gibt merkwürdige Heilige nicht nur in der Wanderprediger- und Tempelwächter-, sondern auch unter den volkshulgebildeten Staatsbürgern. Das Berechtigungsweesen ist sicherlich eine Frage, sogar eine wichtige Frage. Aber muß man deshalb gleich eine Partei gründen? Erfolg wird sie ja nicht haben, aber es ist schließlich schade um verpetelte Stimmen, auch wenn es wenig sind. Wie schon so oft, wiederholt sich das alte Spiel: Leute, die nicht imstande sind, die einzelnen Dinge gegeneinander abzuwägen, nehmen in ihrem Infantilisismus eines heraus und möchten darauf die Welt gründen.

Randidatur.

Nach Blättermeldungen sollen die Bemühungen der Christlich-Nationalen Bayern- und Landvolkpartei Pfalz und der Deutschen Bauernpartei Pfalz, dem pfälzischen Landvolk, eine landwirtschaftliche Einheitsliste für die Reichstagswahl auf berufsständischer Grundlage zu schaffen, am Sonntag zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen sein. Unter dem Kennwort „Deutsches Landvolk“ kam folgende einheitliche Kandidatenliste zustande: Landwirt August Gemann (Langmeil), Landwirt Karl Münzinger (Gerhardsbrunn), Landwirt Richard Rißti (Neustadt a. S.) und Landwirt Ernst Schaaf (Geiselberg).

Die Deutsche Volkspartei hat in Ostpreußen ihre Liste mit der der Volkskonservativen verbunden. An der Spitze stehen Graf von der Kanitz und Korvettenkapitän a. D. von Janson. Dr. Scholz kandidiert in Ostpreußen nicht mehr, sondern nur noch auf dem Reichswahlvorschlag der Deutschen Volkspartei.

Gemeinderatswahlen in Straßburg und Colmar. Am 7. März hat der Staatsrat die Wahl der im Colmarer Prozeß verurteilten Autonomisten Schall und Hoff in den Straßburger bzw. in den Colmarer Stadtrat annulliert. Dieser Tage ist nun der Annullierungsbeschluß mit einer Verpätung von mehr als fünf Monaten der Straßburger Stadtverwaltung offiziell mitgeteilt worden. Schall und Hoff sind damit aus dem Straßburger und Colmarer Stadtrat ausgeschlossen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen haben innerhalb zweier Monate vom Datum der Zustellung des Urteils an in Straßburg und Colmar Ersatzwahlen stattzufinden; sie werden voraussichtlich am 12. Oktober getätigt. In Straßburg sind im ganzen vier Gemeinderatsmitglieder zu wählen, in Colmar zwei. Da seit den letzten Gemeinderatswahlen der Kampf um die neue Straßburger Stadtverwaltung autonomistischer, kommunistischer Richtung nicht geruht hat, kann man sich, zumal in Straßburg, auf einen bewegten und heißen Wahlkampf gefaßt halten.

Die spinale Kinderlähmung in Nordfrankreich nimmt zu. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Lille breitet sich die spinale Kinderlähmung im Norddepartement aus. Man zähle gegenwärtig 20 Fälle, von denen bisher zwei tödlich verlaufen seien.

Einnahme von Finanz durch die Rankstruppen. Wie aus Schanghai gemeldet wird, berichtet die Regierung, daß sie die Festung Finanz in Schantung nach zehnstündigem Kampfe eingenommen habe.

Die Unabhängigkeitsbewegung in Indien. Die Regierung erklärte — wie aus Madras gemeldet wird — den nun neu gebildeten Vollzusausschuß des Allindischen Kongresses für ungesetzlich.

Was uns die Besatzung kostete

Mit der Räumung der besetzten Gebiete wird auch das Reichsministerium, das seinen Sitz in Wiesbaden hat, demnächst aufgelöst. Diese Zentralbehörde hat zusammen mit der Reichsvermögensverwaltung während der zwölfjährigen Besatzungszeit die Interessen der Bevölkerung gegenüber der Interalliierten Rheinlandkommission vertreten. Welchen Umfang ihre Tätigkeit erlangte, geht allein aus der Tatsache hervor, daß im Jahre 1929 nicht weniger als 901 Notizen mit der Rheinlandkommission gewechselt wurden.

Eine geradezu unheimliche Ausdehnung aber haben im Laufe der Jahre die Funktionen der Reichsvermögensverwaltung angenommen, die zuletzt 518 Angestellte und 809 Arbeiter zählte. Das „Berl. Tagebl.“ teilt über die von dieser Behörde getätigten Ausgaben erschütternde Zahlen mit.

Danach forderte die Besatzung insgesamt 104 Kasernenanlagen, 52 Schießübungs- und Flugplätze an, die etwa einen Wert von 280 Millionen Reichsmark repräsentieren. Im Jahre 1929 haben die Militärbehörden 284 Gebäude beschlagnahmt. Für die Ausstattung von Besatzungswohnungen mußten 61 000 Zimmer einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, die einen Wert von nahezu 114 Millionen Reichsmark darstellten. Durchschnittlich wurden monatlich von den Besatzungsbehörden 200 Anforderungen auf Neuanschaffungen gestellt.

Die Reichsvermögensverwaltung hatte ferner für die Befestigung von 112 deutschen Forts, die Niederlegung von zwei großen Festungen, 100 Brücken und 500 Militärbauwerken etwa 51 Mill. Reichsmark aufzuwenden. Die Entfestigung erforderte gleichzeitig die Entschädigung von 900 Privateigentümern.

Die Ausgaben der Reichspost an Besatzungsleistungen belaufen sich auf 455 Millionen Reichsmark, die der Reichsbahn auf 4,066 Milliarden.

Kartelle und Preisbindungen

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates trat am Donnerstag zusammen, um auf der Grundlage des Schreibens des Reichswirtschaftsministers vom 22. August an den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat seine weiteren Verhandlungen über die Fragen der Preisbindungen festzusetzen. Nach längerer Aussprache wurden zwei Arbeitsausschüsse mit je zwölf Mitgliedern gebildet, von denen der erste Ausschuss zuerst die Fragen der Baustoffe und sodann die Fragen der Kohle, Kali, Eisen, Textilstoffe, Düngemittel und anderen, der zweite Ausschuss die Preisprobleme der Markenartikel unter Heranziehung von Sachverständigen und Interessenten behandeln soll. Die Ausschüsse werden sofort ihre Arbeiten aufnehmen und mit größter Beschleunigung durchführen.

Carl Fürstenberg 80 Jahre

Am Donnerstag vollendete der bekannte Berliner Bankier Carl Fürstenberg, der Vorsitzende des Verwaltungsrats der Berliner Handelsgesellschaft, sein 80. Lebensjahr. Seit dem Jahre 1888 fand die Handelsgesellschaft unter seiner Leitung. Auch jetzt, nachdem er seit Anfang dieses Jahres nicht mehr Geschäftsinhaber, sondern Aufsichtsratsvorsitzender ist, nimmt er noch tatkräftigen Anteil an der Führung des Instituts. Nach seiner Lehr- und Ausbildungszeit war er in der Auslandskolonie eingetreten. Bald übernahm er in der Auslandskolonie eine selbständige Stellung. Der Direktorposten bei der Berliner Handelsgesellschaft wurde ihm angeboten, als dieses Institut, das 1856 begründet war, durch mißglückte Transaktionen in eine schwierige Lage geraten war. Der Aufstieg, den die Bank seitdem aus dieser Situation zu ihrer heutigen Sonderstellung gemacht hat, kann allein als das Werk der Persönlichkeit Carl Fürstenbergs, des letzten genialen Privatbankiers, angesehen werden. Unter der klugen Leitung Fürstenbergs pflegte sie ausschließlich die Beziehungen mit diesen Großkunden und mit großen industriellen Unternehmen. Die Position der Handelsgesellschaft im Industriegebiet wurde durch die Vorkriegspolitik Fürstenbergs so stark, daß sie heute in einer Zeit der völligen Auflösung des Privatbankgewerbes unerschütterlich in der Reihe der deutschen Großbanken steht.

Seine Popularität dankt Carl Fürstenberg allerdings nicht allein seiner erfolgreichen Bankierstätigkeit, sondern ebenso sehr seinem unerschöpflichen kritischen Humor, der auch heute noch die Persönlichkeit des Achtzigjährigen in unveränderter Vitalität erscheinen läßt.

Kurze Nachrichten

Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie. Das Arbeitsgericht Berlin hat nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ in dem ersten Prozeß, der infolge des Konflikts in der Berliner Metallindustrie angestrengt wurde, die Bergmann-Gleitzitätswerte zur Nachzahlung der mit der Arbeitszeitverfürgung vorgenommenen Gehaltsabzüge beurteilt. Die Firma Bergmann stützte sich auf einen Revers aus dem Jahre 1923, in dem die Angestellten erklärten, daß sie bei eventueller Arbeitsfreudung, die für eine spätere Zeit angedeutet werden sollte, mit einer der verlängerten Arbeitszeit entsprechenden Vergütung einverstanden sein würden. Das Gericht sah den Revers aus dem Jahre 1923 als rechtungsgültig an, weil er einen Verzicht für die Zukunft enthalte und gegen die Bestimmungen des Tarifvertrages verstöße.

Im Tarifstreit der sächsischen Metallindustrie sind die gestrigen Schlichtungsverhandlungen ergebnislos verlaufen und wurden auf den 9. September vertagt.

Umzugsverbot auch in Lübeck. In Lübeck sind Umzüge und Demonstrationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Uniform unter Hinweis auf die von Nationalsozialisten unternommenen Versammlungsstörungen verboten worden.

Geländebau der tschechischen Schuhfabrik Bata in Oberschlesien. Wie aus Berlin gemeldet wird, sind Verhandlungen zwischen der tschechischen Schuhfabrik Bata und dem preussischen Staat über den Ankauf des Klobnitzer Waldgebietes in Oberschlesien zum Abschluß gelangt. Das preussische Landwirtschaftsministerium hat seine grundsätzliche Zustimmung zu dem Kaufangebot der Firma Bata, die auf dem Gelände eine neue Fabrik errichten will, erteilt.

Die Genfer Völkerbundtagung. Nach den bisher vom Völkerbundsekretariat vorliegenden Anmeldungen der Delegationen scheint es, als ob die 11. Völkerbunderversammlung den Rekord in der Teilnahme von Außenministern, den bisher die 10. Versammlung von 1929 mit einer Teilnahme von 24 aktiven Außenministern hielt, mindestens erreichen, wenn nicht gar überholen wird. Die 11. Völkerbunderversammlung, die am 10. September beginnt, wird die erste sein, die nicht mehr in dem fast 70 Jahre alten Reformationsaal tagt, dessen Unzulänglichkeit so oft beklagt wurde. Sie wird in diesem Jahre in dem mit einem Kostenaufwand von über 150 000 Franken eigens hergerichteten großen Saal des Genfer Palais Electoral tagen, dessen neue Inneneinrichtung für die Zwecke der Völkerbunderversammlung ihrer Vollenbung entgegensteht.

Südlich des Flugplatzes der Bayerischen Flugzeugwerke in Augsburg stürzte heute, Freitag, vormittag der Pilot **Wannet** aus Hirschheim bei Flugübungen mit seinem eigenen Sportflugzeug aus noch unbekannter Ursache ab. Das Flugzeug ging in Flammen auf, und der Pilot verbrannte.

In Hamburg hat der seit einigen Wochen bei den Eheleuten Kreuz wohnende **Walter Ader** in der vergangenen Nacht seine **Brant**, die 18jährige Tochter der Eheleute, sowie deren 41 Jahre alte Mutter im Schlafzimmer der Wohnung, während sie schliefen, durch Kopfschüsse getötet. In einem hinterlassenen Bittel gibt der Täter an, Selbstmord verüben zu wollen.

Die Hamburger Kriminalpolizei hat einen der **Erpresser** in der Affäre des Hamburger Kaufmannes **Schliemann** festgenommen. **Schliemann** hatte einen neuen Erpresserbrief erhalten. Es handelt sich um einen 27jährigen, aus Stettin gebürtigen **Willi Schulz**, der erst im März aus der Hamburger Strafanstalt Fußfessel entlassen wurde.

An der Lokomotive des 9.50 Uhr von Weimar abfahrenden **D-Juges Leipzig—Ahl** brach Donnerstag früh in der Nähe Hofgarten (Thüringen) eine Vorderachse. Die Lokomotive sprang dabei aus den Schienen, doch gelang es, den Zug zum Halten zu bringen, ehe größerer Schaden entstand. Die Aufräumungsarbeiten nahmen etwa eine Stunde in Anspruch, worauf der Zug seine Fahrt fortsetzen konnte. Personen kamen nicht zu Schaden.

Badischer Teil

Zur Wahlbewegung in Baden

Reichsarbeitsminister a. D. Dr. Brauns in Freiburg

Im Rahmen einer gutbesuchten Wahlversammlung des **Freiburger Zentrums** sprach Donnerstagabend Reichsarbeitsminister a. D. **Dr. Brauns**.

Er ging von der schweren staatspolitischen Krise aus, in der wir uns gegenwärtig befinden, die ihre Ursache habe in der wirtschaftlichen Krise, die zu einer Weltkrise geworden sei. An Hand einiger Beispiele zeigte der Redner, welche große Schwierigkeiten und Lasten Deutschland und auch den anderen europäischen Staaten erwachsen seien. Trotzdem brauche man nicht zu verzagen. Die Hilfsmittel seien schon vorhanden und liegen zum Teil in der gegenwärtigen Entwicklung begründet. Bevor Deutschland aber auf internationaler Ebene seine Stellung wieder erobere, müsse man zunächst wieder Ordnung und Vertrauen im Innern schaffen. Diese Aufgabe könne man aber nicht mit nationalistischen Phrasen und Maulheldentum und Phantastereien lösen. Auch das Gremel von Moskau könne nicht zur Nachahmung begeistern. **Dr. Brauns** stellte dann mit Bedauern fest, daß die Sozialdemokratie wohl den Mut aufgebracht habe zur außenpolitischen Verantwortung, aber immer weniger den Mut aufbringe, wenn die Verantwortung außenpolitisch zu übernehmen wäre. Bezüglich des Artikels 48 wies der Redner auf die vielen Verordnungen, die der frühere Reichspräsident Erbert erlassen habe, hin. Die jetzige Regierung habe mit dem Artikel 48 nicht gefündigt, und es sei Wahltat, wenn man sich jetzt gegen den Artikel 48 wende.

Sehr scharf wandte sich der Redner auch gegen den Vorwurf der Sozialreaktion, der der Regierung nur gemacht werde, weil sie angeht die Notlage gewöhnen sei, in der Sozialpolitik einige Ersparnisse vorzunehmen. Der Redner schloß, es müsse dafür gesorgt werden, daß eine verantwortungsvolle Regierung geschaffen werde, von der positive Arbeit erwartet werden kann. Wenn dies durch die Wahl nicht gelinge, so müsse nach anderen Mitteln gesucht werden.

Stürmisch begrüßt betrat dann **Präsident Dr. Schöfer** das Rednerpult. Er richtete die Aufforderung an die Wähler, trotz aller wirtschaftlichen Fragen auch an die Erhaltung der christlichen Familie zu denken. Er trat energisch für eine Reform des Wahlrechts ein und rief alle Wahlflauen auf, am 14. September ihre Pflicht zu tun.

Die liberale Einheitsliste

Die Reihenfolge der von der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei gemeinsam aufgestellten Einheitsliste ist nunmehr wie folgt festgelegt: Reichsaussenminister **Dr. Curtius**, Reichsfinanzminister **Dietsch**, Landwirt **Dr. Mattes**, Stodach, Apotheker **Kern**, Schönan, Kaufmann **Wiser**, Karlsruhe, Präsident des Bad. Einzelhandels, Hausfrau **Emma Kromer**, Ziegelhausen, Rechtsanwältin **Steinel**, Forzheim, Elmüller **Diefenbacher**, Königsbach, Hauptlehrer **Geisinger**, Freiburg, Zimmermeister **Hilber**, Konstanz, Hausfrau **Alice Hofmann**, Mannheim, Rechtsanwältin **Dr. Bieringer**, Heidelberg, Handelslehrer **Dr. Brandt**, Mannheim, Lehrer **Gräßlin**, Mannheim, Bürgermeister und Landwirt **Reiß**, Willstätt, Landwirt **Hägler**, Waghäusel, Hausfrau **Ida Gerspach**, Karlsruhe, Handlungsgelhilfe **Adam**, Waldsbut, Handelskammerpräsident **Ullrich**, Landberchhofheim, Rechtsanwältin **Dr. Siefert**, Heidelberg, Studentin **Dr.-Ing. Verrmann**, Forzheim, Brauereidirektor **Dr. Reinschmitt**, Schweigenen, Professor **Kestler**, Karlsruhe, Fabrikant **Richard Freudenberg**, Weinheim.

Der Wahlauftritt der liberalen Parteien

Die hinter der „Einheitsliste“ stehenden Parteien Badens veröffentlichen einen Wahlauftritt, in dem es u. a. heißt: „Das Reich ist in Not! Das deutsche Volk steht in einer Schicksalsstunde. Neue Wege müssen gesucht und neue Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden. Das Ziel muß sein, alle in Treue zu Reich und Verfassung stehenden deutschen Männer und Frauen zu einer. Aus dieser Erkenntnis haben sich Deutsche Volkspartei und Deutsche Staatspartei in Baden und Württemberg zusammengeschlossen, um als Wegbereiter dieses Gedankens eine Einheitsliste aufzustellen. Was wollen wir? Wir wenden uns mit aller Schärfe gegen die staatsfeindlichen Bestrebungen der Kommunisten und Nationalsozialisten, die unser seelisch zermürbtes Volk durch unvernünftige Versprechungen betrügen und gegeneinander aufheben.“

Wir sind kein „Bürgerblock“, aber wir wollen nicht, daß der Reichstag die Lösung lebenswichtiger, staatspolitischer Aufgaben durch die politische und gewerkschaftlich einseitige Haltung der Sozialdemokratie fernerhin unmöglich gemacht wird.

Wir wünschen den konfessionellen Frieden! Gesunder Fortschritt darf nicht durch reaktionäre Politik gehemmt werden. Das Wohl und die Zukunft des Volkes verdienen, kurzfristige Interessenspolitik zu treiben. Der künftige Reichstag hat deutsche Schicksalsfragen zu entscheiden!

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die die Finanznot des Reiches, der Länder und Gemeinden verlangen rasche und durchgreifende Hilfe. Die Arbeitslosenversicherung darf nicht unter ihren Pflichten zusammenbrechen; Reich, Länder und Gemeinden dürfen nicht zahlungsunfähig werden.

Der neue Reichstag hat die Aufgabe, die Existenz des Reiches sicherzustellen! Strengste Sparsamkeit ist oberstes Gebot! Eine durchgreifende Reichsreform und umfassende Finanzreform sind unerlässliche Voraussetzungen für eine Gesundung, — sollen nicht unlagbare Not, völliger Zusammenbruch der Wirtschaft und innere Unruhen über uns hereinbrechen.

Ohne Opfer ist jetzt Rettung unmöglich! Gerechte Verteilung der Lasten, Schonung der wirtschaftlich Schwachen, Er-

haltung unseres wirtschaftlichen Lebens werden dabei Richtlinien sein.

Jetzt gilt es nicht, sich in Einzelvorläge zu verlieren, sondern dafür zu sorgen, daß für die Lösung der lohnenden, großen staatspolitischen Aufgaben im Reichstag diejenigen Parteien stark gemacht werden, die bereit sind, unter Achtung der Bedeutung des Privateigentums und der persönlichen Leistung für Staat und Reich Opfer zu bringen.

Wir rufen die Jugend aller Stände, die in heißer Sorge um das Schicksal des Vaterlandes bangt, auf, in unsere Reihen einzuschwenken. Aber auch das große Heer der Nichtwähler verleihe unsere Front, damit wir eine Wahlreform bekommen, die dem Wähler größeren Einfluß auf die Zusammenfassung des Reichstages gibt.

Dem Reichsfinanzminister **Dietsch** danken wir, daß er den Mut fand, dem deutschen Reichstag und dem deutschen Volk die Wahrheit zu sagen, und es aufzurufen zu seiner Pflicht als Staatsvolk.“

Der Voranschlag

Der badischen evangelischen Landeskirche

Die oberste evangelische Kirchenbehörde hat soeben den **Landeskirchensteuervoranschlag für 1930—1933** veröffentlicht. Die allgemeinen kirchlichen Ausgaben sind auf 7 140 810 RM im Durchschnitt der drei Rechnungsjahre 1930/31 und 1932 festgesetzt worden. Die Lasten (Steuerabgänge, Zinsen von Schuldscheinen usw.) belaufen sich auf 37 200 RM, und die Verwaltungskosten auf 884 700 RM. Der Aufwand für die Kirchenleitung beträgt 484 890 RM. Dazu gehören zum Beispiel folgende Posten: 48 000 RM Kosten der Landesynode, 6000 RM Betrieb des Kraftmagazins, 2000 RM für das kirchliche Dienstgericht. Der Aufwand für die Leitung der Kirchenbezirke ist mit 28 000 RM, der Aufwand für die Gemeindefürsorge im allgemeinen mit 5 402 000 RM, und der Aufwand für die landeskirchliche Volksmission mit 15 100 RM berechnet.

Im einzelnen sind z. B. 25 200 RM für Funktionsgehälter der Pastoren, 3 400 000 RM für Bezüge der planmäßigen Geistlichen, 564 000 RM für Bezüge der außerplanmäßigen Geistlichen, 75 000 RM für Umzugskosten, 7000 RM für Betriebszuschüsse für Motorräder und Kleinautos, 650 000 RM für Ruhegehälter, 565 000 RM für Hinterbliebenenversorgung angegeben. Für die Studentenfürsorge werden 21 500 RM, für den Dienst in der sozialen Fürsorge usw. 233 680 RM, für den Religionsunterricht an Fortbildungs- und Fachschulen 298 050 Reichsmark, für Pflege der kirchlichen Musik 14 900 RM, und für die kirchliche Pressestelle 21 860 RM aufgewendet. Der allgemeine Aufwand (z. B. Stipendien für Theologiestudierende, 30 000 RM, goldene Hochzeitsbibeln 5000 RM) beläuft sich auf 201 430 RM. Vom Staate bekommt die badische Landeskirche 721 500 RM zur Aufbesserung gering besoldeter Geistlicher. Der Kirchenpräsident erhält ein Gehalt, entsprechend B 1 der staatlichen Besoldungsordnung, der Prälat entsprechend B 2, der Stellvertreter des Präsidenten entsprechend B 2 und die Oberkirchenräte entsprechend A 1.

Aus der badischen Industrie

Arbeiterentlassungen im Mannheimer Revier. Die Firma **Lanz AG**, Mannheim, hat beim Landeskommissar die Genehmigung zur Entlassung von 720 Arbeitern nachgesucht. Die **Daimler-Benz-AG** hat die Genehmigung zur Entlassung von 400 Arbeitern erhalten. Der Abbau wird bis Mitte September durchgeführt sein. Die Belegschaft der Daimler-Benz beträgt dann noch etwa 900 Mann gegen 3—4000 in der Blütezeit des Unternehmens.

Die Lage in der Zigarrenindustrie. Aus **St. Leon** bei Wiesloch wird berichtet: Die Arbeitslage hat wieder eine Verschlechterung erfahren, da das Geschäft in der Zigarrenindustrie wieder abgeflaut ist. Die 263 Arbeitslosen, die gegenwärtig die Arbeitslosenstatistik zählt, bedeuten allein, daß ungefähr 12 Prozent der Einwohnererschaft erwerbslos ist. Zählt man hierzu jedoch die Ausgesteuerten, deren es in der Gemeinde ziemlich viel gibt, so kommt man auf einen weit höheren Prozentsatz.

Kanaldurchschnitt am Neckar

Die neuerlichen Verhandlungen des württembergischen Wirtschaftsministeriums mit dem Reichsverkehrsministerium zur sofortigen Durchführung des Durchstichs zum **Neckarканал** zwischen **Bödingen** und **Neckargartach** scheinen — wie aus Heilbronn gemeldet wird — günstig zu verlaufen, so daß begründete Aussicht besteht, die Erwerbslosenfrage einer gewissen Lösung auf begrenzte Zeit entgegenzuführen. Der Reichsverkehrsminister soll dem Vorschlag **Wirtzbergs**, durch die Neckarbaudirektion im Bezirk Heilbronn so rasch als möglich eine große Maßnahme zur Beschäftigung der zahlreichen Arbeitslosen durchzuführen zu lassen, grundsätzlich zugestimmt haben. Die Finanzierung dieser Arbeit erfordert eine Gesamtausgabe von 8 Millionen Reichsmark. In der allernächsten Zeit soll die Entscheidung fallen. Ist sie positiv, so könnte mit dem Baubeginn am 1. November d. J. gerechnet werden.

Aus der Landeshauptstadt

Das neue **Karlsruher Adreßbuch** wird diesmal früher als sonst ausgegeben, voraussichtlich schon im Oktober. Damit wird den Büchlein der Geschäftsleute entgegengekommen, die das neue Adreßbuch für die Weihnachtspromotion braucht. Wichtige Änderungen können von der Schriftleitung noch berücksichtigt werden, wenn sofort mitgeteilt.

Gegen die **Gemeindefürsorge** und **Getränksteuer** hatte der Bad. Gastwirtverband für Donnerstag zu einer stark besuchten Protestkundgebung des Gastwirtsverbandes und der mit ihm zusammenhängenden Gewerbevereine eingeladen. Stadtverordneter **Schöppwintel** (Düsseldorf) behandelte zunächst die Notverordnungen. Die deutschen Gastwirte und Hotelbesitzer seien im Falle der Nichtaufhebung dieser neuen Steuern gezwungen, ihre Betriebe zu schließen. Der neue Reichstag müsse diese Notverordnungen aufheben. In einer Entschließung wird Protest gegen diese Steuern erhoben. Der bad. Gastwirtverband und der Bad. Brauereiverband, der badische Weinbau und Weinhandel, der Bad. Spiritusfabrikantenverband und verwandte Berufe erwarten daher, daß von Seiten der badischen Gemeinden von der Einführung der Gemeindefürsorgesteuer und der erhöhten Biersteuer Abstand genommen wird. Eine zweite Entschließung von Seiten der Weinhändler und Brauereiverbandes von Mittelbaden, die im Prinzip den selben Inhalt aufwies, fand ebenfalls ungeteilte Aufnahme.

Politische Reibereien. In der Gegend des Arbeitsamts kam es gestern Vormittag wiederholt zu Anrenpellen von Nationalsozialisten durch Kommunisten. Beim Erscheinen der Polizei brachten sich die Streitparteien jedesmal in Sicherheit. Am Nachmittag wurde in derselben Gegend ein verdr. Hilfsarbeiter von sechs Kommunisten angehalten, zu Boden geschlagen und verprügelt. Darauf ergriffen die Kommunisten die Flucht.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterstelle, Karlsruhe. Die Wetterlage ist unverändert geblieben. Das europäische Hochdruckgebiet behauptet seinen Einfluß auf unsere Witterung weiterhin. Wetterausblick: Fortdauer des warmen und tagsüber heiteren Wetters.

Schweizerfahrten des „Graf Zeppelin“

W.D. Friedrichshafen, 29. Aug. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ stieg heute früh 5 Uhr zu einer Fahrt unter Führung von Kapitän Lehmann nach der Schweiz auf.

Ehrung der deutschen Flieger in New York

Die deutschen Ozeanflieger waren am Donnerstag in New York Gegenstand großer Ehrungen. Bei einem Festbankett nannte Bürgermeister Walker den New-Yorker Flug eine Glanzleistung und erklärte, die Piloten hätten durch ihre Ankunft mitten in New York eine neue Besuchsmethode eingeführt.

W.D. London, 29. Aug. (Tel.) Bei dem gestrigen Empfang des deutschen Ozeanfliegers v. Gronau und seiner drei Gefährten im New-Yorker Rathaus soll sich, einer Reutersmeldung aus New York zufolge, ein merkwürdiger Zwischenfall ereignet haben.

Der Doppelmord im Raubengelände von Romones bei Potsdam hat seine Aufklärung gefunden. Der Täter ist der 48jährige Weichenwärter Gustav Briggemann aus Drewitz.

Gemeinderundschau

Annahme der Biersteuervorlage in Freiburg

Der Bürgerausschuss in Freiburg lagen am Donnerstag acht Vorlagen zugrunde. Die wichtigste war die Vorlage über Einführung einer Biersteuer gemäß der Notverordnung des Reichspräsidenten.

Rücktritt eines Bürgermeisters. Bürgermeister Hermann Wöhler in Dossenheim (bei Heidelberg) hat aus Gesundheitsrücksichten sein Rücktrittsgesuch beim Gemeinderat eingereicht.

Bezirkssparkasse Waldshut (Öffentliche Verbandssparkasse).

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Table with columns for Vermögen (Assets) and Verbindlichkeiten (Liabilities). Assets include Kassenbestand, Guthaben bei Banken, Wertpapiere, etc. Liabilities include Spareinlagen, Giro- und Kontokorrenteinlagen, etc.

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen: 8% aus 5 938 335 Mk Einlagen = 475 066,80 Mk. Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 508 998,08 Mk. Somit mehr 33 931,28 Mk.

Waldshut, den 30. Juni 1930. Bezirkssparkasse Waldshut. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Horster, Bürgermeister. Der Geschäftsleiter: Romacker, Direktor. Der Kontrollleur: Schmidt.

Die Oberrhein-Elz-Gruppe. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft sieht sich infolge des mit einem fühlbaren Einnahmeausfall verbundenen Rückgangs des Personenverkehrs genötigt, während der Wintermonate außerordentliche Einschränkungsmaßnahmen zu treffen.

90 Jahre Stadt Sparkasse Bruchsal. In diesem Jahre tam die Stadt Sparkasse auf eine 90jährige Tätigkeit zurück. Von der Geldentwertung nahezu auf das Anfangsstadium zurückgeworfen, konnte die Kasse doch nach kurzer Zeit ihre Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang bringen.

Kurze Nachrichten aus Baden

H. Heidelberg, 29. Aug. Heute vollendet Geh. Rat Prof. Dr. August Berentsen, der bekannte Chemiker und frühere Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik, sein 75. Lebensjahr.

H. Forstheim, 28. Aug. Hier starb im hohen Alter von 82 Jahren Fabrikant Jodor Emrich. In frühen Jahren war er nach Amerika ausgewandert. 1928 konnte der um die Forstheimer Industrie sehr verdiente Verstorbenen zugleich mit seinem 80. Geburtstag das 50jährige Bestehen seiner Firma feiern.

H. Weil a. Rh., 28. Aug. Gestern morgen wollte ein Schleppzug, bestehend aus einem Dampfer und zwei großen Weinschiffen zu Tal fahren, dabei rannten sie gegen den Eisbrecher und die Landschiffe der Hünninger Schiffbrücke. Ein Joch, zwei Schiffe mit Kohlenbelag wurden vollkommen zertrümmert.

H. Konstanz, 28. Aug. In einer gestern abend abgehaltenen geschlossenen Zentrumsversammlung in Wollmatingen hatten sich mehrere Nationalsozialisten eingefunden, die trotz der Aufforderung des Versammlungsleiters, das Lokal zu verlassen, dies nicht taten.

H. Straßburg i. E., 28. Aug. Die letzten Berichte des Straßburger Gesundheitsamtes lassen erkennen, daß tatsächlich ein Stillstand in der Ausbreitung der Kinderseuche eingetreten ist, denn die Zahl der in der Zeit vom 18. bis 25. August neu angemeldeten Fälle betrug nur sieben aus Straßburg und dem Unterelsaß.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

Table showing exchange rates for various locations: Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien. Columns include Gold, Brief, and Devisen.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 27. August d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 85 sh 1/4 d bzw. für ein Gramm Feingold 32,8018 pence.

Der landwirtschaftliche Anbau in Deutschland

Nach den vorliegenden Ergebnissen der Ende Mai d. J. durchgeführten Anbauflächenhebung betrug im Deutschen Reich die landwirtschaftliche Nutzfläche rund 29,37 Mill. Hektar gleich 62,7 Proz. des gesamten Grund- und Bodens.

Vom Ackerland war nahezu ein Drittel, nämlich 6,61 Mill. Hektar gleich 32,2 Proz., mit Brotgetreide bestellt. Davon entfielen 4,71 Mill. Hektar auf Roggen und 1,78 Mill. Hektar auf Weizen. Nahezu ein Viertel des Ackerlandes, nämlich 4,96 Mill. Hektar gleich 24,1 Proz., war mit Futtergetreide bebaut.

Gegenüber dem Vorjahre ist die Weizenanbaufläche um 11,3 Proz. größer geworden, während die Roggenfläche mit einem Weniger von 0,3 Proz. fast unverändert geblieben ist. An Gerste und Hafer ergibt sich gleichfalls eine geringfügige Zunahme, und zwar um 2,1 Proz. bzw. 3,4 Proz.

Berlängerung der Basalt-Union. Die Verhandlungen zur Verlängerung der Ende d. J. ablaufenden Basalt-Union, die als Arbeitsgemeinschaft Erzeuger und Verbraucher umfaßt, nehmen einen günstigen Verlauf. Angekündigt wird eine Verlängerung auf 5 Jahre. Derzeit sind die Verhandlungen im wesentlichen abgeschlossen.

Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt. Im Prospekt über die Zulassung von 6 Millionen Reichsmark Stammaktien zur Frankfurter Börse wird über die Ausfichten des laufenden Geschäftsjahres unter Vorbehalt gesagt: Der starke Preisfall in Rohstoffen mache sich in der Edelmetallbilanz bemerkbar. Auf den wichtigsten chemischen Gebieten enge die sich stark mehrende Konkurrenz die Gewinnmöglichkeit ein. Die nachdrückliche Modernisierung der Anlagen und die vorzügliche Finanzpolitik der letzten Jahre — sowohl bei der Scheideanstalt als auch bei der kürzlich durch Fusion übernommenen Holzverlehnungsindustrie — berechtigt aber zu der Hoffnung, daß auch das am 30. September ablaufende Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis zeitigen wird.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Die Justizpraktikanten Ernst Weber beim Amtsgericht Forstheim und Alfred Bus beim Amtsgericht Heidelberg zu Justizobersekretären.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft.

Zugelassen als Rechtsanwälte: Rechtsanwalt Gustav Knob in Karlsruhe beim Oberlandesgericht nach Verzicht auf seine Zulassung beim Landgericht Karlsruhe und bei der Kammer für Handelsachen in Forstheim. Rechtsanwalt Dr. Karl Göttinger in Karlsruhe, unter Aufrechterhaltung seiner Zulassung beim Landgericht Karlsruhe und bei der Kammer für Handelsachen in Forstheim auch beim Amtsgericht Bruchsal mit dem Wohnsitz darselbst; die Gerichtsassessoren Adolf Leuther in Konstanz beim Landgericht Konstanz, und Dr. Friedrich Drischel in Freiburg beim Landgericht Freiburg.

Berzichtet auf Zulassung:

Rechtsanwalt Wilhelm Martens beim Landgericht Freiburg. Rechtsanwält Dr. Ludwig Saus in Karlsruhe. Justizrat Oskar Stritt in Haslach i. R.

Zwangsvorsteigerung.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am Dienstag, dem 21. Oktober 1930, vormittag 9 Uhr

in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 2. Stock, Zimmer 10 die Grundstücke der Emma Pauline geb. Martini, Ehefrau des Malermeisters Julius Nidthalter hier auf Gemartlung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 29. Juli 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über die Grundstücke samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 29. Juli 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerpruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einmischen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundstücksbeschreibung:

- Grundbuch von Karlsruhe Band 594 Heft 7 u. a. 1. Lsg. Nr. 9207: 7 a 19 qm Ackerland im Ortsetter; Schätzung: 6000 M. 2. Lsg. Nr. 9185: 5 a 88 qm Ackerland im Ortsetter; Schätzung: 5000 M. 3. Lsg. Nr. 7105/4: 5 a 91 qm Bauplatz Eck Deubriet- und Vorholzstraße; Schätzung: 7000 M. 4. Lsg. Nr. 6791: 5 a 89 qm Acker im Groß-Gewann; Schätzung: 5000 M. Karlsruhe, den 26. August 1930. Das Notariat 4 als Vollstreckungsgericht.

Rechts- u. Prozeßberatung. Durchführung aller Rechts- u. Strafsachen, Eintreiben von Forderungen, Buchführung auch auswärts zu kulantem Bedingungen. R. Anthony, Rechtsbüro, Karlsruhe. Tullastraße 59, (Eingang Schöcherstraße) Sprachstunden von 3-6 Uhr nachmittags R 544

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe von Steuererklärungen für die Herbstveranlagung 1930.

Die Steuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer sowie die beantworteten Fragebogen über die Gewerbesteuer sind von den Steuerpflichtigen, deren Wirtschaftsjahr zwischen dem 1. Januar und 30. Juni 1930 geendet hat, in der Zeit vom 1. bis 15. September 1930 unter Vorlegung der vorgeschriebenen Vorzüge abzugeben. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung (Beantwortung des Fragebogens) verpflichtet sind, erhalten vom Finanzamt einen Bordruck zugesandt. Die durch das Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Umsatzsteuergesetz sowie Grund- und Gewerbesteuergesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Bordruck nicht übersandt ist, bleibt unberührt; erforderlichenfalls haben die Pflichtigen Bordruck vom Finanzamt anzufordern.

Karlsruhe, den 29. August 1930. Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

Insrieren bringt Gewinn!